

Die Querköpfe

EXTRA!



Extra-Ausgabe / 3. April 2013

Kein Naziaufmarsch am 1. Mai

Die NPD plant für den diesjährigen 1. Mai einen Aufmarsch „mit großer Abschlusskundgebung“ am S-Bahnhof Schöneweide im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick. Als Redner werden unter anderen der NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel, sein Vorgänger Udo Voigt sowie Sebastian Schmidtke, Berliner Landesvorsitzender und Betreiber des Nazi-Ladens „Hexogen“, angekündigt. Der Berliner Aufmarsch ist neben einer weiteren Veranstaltung in Frankfurt/Main die zentrale Aktion der NPD zum 1. Mai. Das Bündnis „1. Mai nazifrei“ veranstaltet am Vorabend ein Konzert am S-Bahnhof Berlin-Schöneweide. Für den 1. Mai ruft das Bündnis zur Blockade der Demonstration auf, deren tatsächliche Route von der Polizei leider erst im Laufe des Vortags bekannt gegeben wird.

Das Berliner Bündnis „1. Mai nazifrei“, das auch von unserer Gewerkschaft unterstützt wird, will an die Erfolge der letzten Jahre anknüpfen und mit dem Mittel des zivilen Ungehorsams diesen Naziaufmarsch verhindern.

Unter dem Motto „Kommt nach vorne – Nazis blockieren! Erster Mai in Berlin – nazifrei!“, rufen Abgeordnete von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, VertreterInnen der Gewerkschaften IG Bau, NGG und ver.di, KünstlerInnen, zivilgesellschaftliche Organisationen und weitere linke und antifaschistische Gruppen dazu auf, die Route zu blockieren. Der Aufruf wird bisher unter anderen von den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Thierse (SPD), Volker Beck (Grüne), Petra Pau (Linke) sowie dem Kabarettisten Marc-Uwe Kling unterstützt.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass Neonazis ihre menschenverachtenden Parolen in Berlin auf die Straße tragen. Deswegen rufe ich alle Berlinerinnen und Berliner dazu auf, sich am 1. Mai den Rechtsextremen entgegenzustellen“, sagt Wolfgang Thierse, der bereits am 1. Mai 2010 mit dem Bündnis blockierte. Schon 2010 scheiterte ein ebenfalls von Schmidtke angemeldeter Großaufmarsch am 1. Mai in Prenzlauer Berg. Mehr als

Demonstration mit Konzert

am 30.4. 2013 17 Uhr

S-Bhf. Schöneweide

10.000 Menschen blockierten über Stunden erfolgreich die geplante Route. „Tausende Menschen sind entschlossen, diesen Aufmarsch mit Blockaden zu verhindern. Wir werden zeigen, dass ziviler Ungehorsam notwendig ist und erfolgreich sein kann“, sagt Bündnissprecher Jan Landers.

Der Protest gegen die Neonazis beginnt bereits am Vorabend. Am 30. April veranstaltet die Kampagne „Gemeinsam gegen Nazis“ (www.gemeinsam-gegen-nazis.de) direkt in

Berlin-Schöneweide eine antifaschistische Großdemonstration mit anschließendem kostenlosen Openair. Es wird mit mehreren Tausend Besuchern gerechnet.

Das Konzept, auf das sich die Bündnispartner geeinigt haben:

- ▶ Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch.
- ▶ Von uns geht dabei keine Eskalation aus.
- ▶ Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden.
- ▶ Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Nähere Info über www.1mai-nazifrei.tk, per Email über presse-mai@riseup.net oder aus der aktuellen Tagespresse. max



UmFAIRteilen-Aktionstag

In den letzten Jahren haben die Regierenden mit Steuersenkungen und Bankenrettung massiv von unten nach oben verteilt. Wir wollen nicht, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht und öffentliche und soziale Leistungen weiter verschlechtert werden. Es gibt eine Alternative: UmFAIRteilen!

Die Armut in Deutschland hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. 15,1 Prozent der Bevölkerung und damit mehr als jede/r Siebte sind armutsgefährdet.¹ Anders als noch vor 15 Jahren ist Armut trotz Arbeit kein seltener Ausnahmefall mehr: Fast 1,4 Millionen Menschen sind auf ergänzendes Arbeitslosengeld

II angewiesen, obwohl sie erwerbstätig sind. Jede/r Vierte von ihnen arbeitet Vollzeit – und muss dennoch „aufstocken“, weil der Lohn noch unter dem Existenzminimum liegt. Insgesamt arbeitet fast jede/r vierte Beschäftigte für einen Niedriglohn von weniger als 9,15 €/Brutto.²

Armut trotz Arbeit

Eine Hauptursache für die Zunahme von Armut: die Deregulierung des Arbeitsmarkts in den letzten 20 Jahren, insbesondere die sogenannten Hartz-Reformen. Sie brachten mit einem Federstrich Millionen Menschen um ihre Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung, in die sie oft über Jahrzehnte eingezahlt hatten. Seit Einführung von Hartz IV folgt schon nach einem Jahr Erwerbslosigkeit der Absturz in Armut. Nahezu jeder Job gilt als zumutbar – auch zu Hungerlöhnen und entwürdigenden Bedingungen. Minijobs, Befristungen, Leiharbeit und der Missbrauch von Werkverträgen, unbezahlte Praktika und Scheinselbstständigkeit konnten immer weiter um sich greifen. Weil von Armutslöhnen keine existenzsichernden Renten finanziert werden können, wird Altersarmut zum Massenproblem, verschärft durch die geplante rabiate Senkung des Rentenniveaus in den kommenden Jahrzehnten.

Die soziale Kluft ist tiefer geworden

Das Wirtschaftswachstum und die beachtlichen Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre kamen fast ausschließlich Unternehmen und Reichen zugute. Konzerne meldeten immer neue Rekordgewinne, Managerbezüge erreichten schwindelerregende

**Bundesweiter dezentraler Aktionstag
mit Menschenkette und „UmFAIRteilensMarkt“
Samstag, 13.4. 2013, ab 13 Uhr,
Potsdamer Platz**

13:00 bis 14:00 Uhr:

Menschenkette vom Potsdamer Platz zum Marlene-Dietrich-Platz. Dabei werden wir symbolisch den riesigen Reichtum für sinnvolle Investitionen in Bildung, Soziales, Pflege und Gesundheit für eine bessere Infrastruktur umfairteilen.

14:00 bis 17:00 Uhr:

Kultur, Talk, Reden und viele Informationen beim UmFAIRteilensMarkt auf dem Potsdamer Platz

de Höhen, die Milliardäre wurden trotz Krise immer reicher und zahlreicher. Die Reallöhne hingegen sanken in Deutschland, im Gegensatz zu allen anderen EU-Ländern. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich infolgedessen immer weiter geöffnet: Das Einkommen der ärmeren Schichten sank von 2000 bis

2009 um bis zu 6,9 Prozent, während das reichste Zehntel der Bevölkerung noch weitere 13,4 Prozent hinzu gewann und die Allerreichsten noch deutlich mehr.³

Reichtum in weniger Händen

Das Vermögen ist noch viel ungleicher verteilt als das Einkommen. Zwar hat sich das gesamte Privatvermögen in den letzten 20 Jahren nahezu verdoppelt auf gigantische 10 Billionen Euro – fast fünf Mal so hoch wie die gesamten öffentlichen Schulden in Deutschland. Doch dieser Reichtum gehört größtenteils einer kleinen Minderheit: Das reichste 1 Prozent der Deutschen besitzt über ein Drittel des gesamten Vermögens, die reichsten 10 Prozent besitzen zusammen sogar zwei Drittel. Die Hälfte der Bevölkerung hingegen hat nahezu nichts oder unterm Strich Schulden: ihr gehört zusammengenommen ein einziges Prozent vom Gesamtvermögen. 1998 waren es noch – schon damals kümmerliche – vier Prozent.

Reichtum kommt nicht von Leistung

Der Reichtum der Multimillionäre und Milliardäre stammt nicht aus eigener Arbeitsleistung, sondern aus den Gewinnen und Wertzuwachsen großer Unternehmen und Vermögen. Er ist Resultat der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeit der Beschäftigten in den Betrieben, die den Reichtum wirklich produzieren. Geld arbeitet nicht, sondern nur Menschen. Zudem haben die meisten sehr Reichen zumindest den Grundstock ihres Ver-

Fortsetzung nächste Seite

¹ Armutsgefährdungsquote 2011 nach Daten des Statistischen Bundesamtes (Mikrozensus).

Vgl. dazu: <http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht2012/>

² <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2012/report2012-01.php>

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2012/niedriglohn/niedriglohn_pk.html

³ http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/41500_41516.htm

mögens geerbt, was offensichtlich keine „Leistung“ ist. Die zunehmende Konzentration immer größerer Vermögen in immer weniger Händen ist u. a. Ergebnis nicht nur der geschilderten Umverteilung von unten nach oben, sondern auch der Aussetzung der Vermögensteuer und mehrerer Steuerreformen, die einseitig Reiche und Konzerne begünstigten. Wachsende Staatsverschuldung und die Verschuldung und Verarmung von breiten Bevölkerungsschichten bedingen direkt das Wachstum privater Vermögen – denn die Schulden des Einen sind stets zugleich Vermögen eines Anderen.

Eine Gefahr für die Demokratie

Mit Leistungsunterschieden lässt sich die extreme Ungleichverteilung weder erklären noch rechtfertigen. Sie widerspricht nicht nur fundamentalen Gerechtigkeitsprinzipien, sondern bedroht auch die Demokratie. Denn große Reichtumsanhäufungen bedeuten auch Konzentration von Macht. Ein demokratisches Gemeinwesen darf nicht abhängig sein von den Entscheidungen einer kleinen, finanzstarken Elite und ihrer Fondsverwalter. Ein demokratisches Gemeinwesen kann nicht zulassen, dass das öffentliche Bildungswesen kaputtgespart wird und Bildung Voraussetzung mündiger Mitbestimmung in der Demokratie zum

kostenpflichtigen, für viele unerschwinglichen Gut wird. Beide Tendenzen sind jedoch schon seit Jahren zu beobachten und verstärken sich gegenseitig so sehr, dass Wissenschaftler unsere Gesellschaft schon als „Post-Demokratie“ bezeichnen. Eine Gesellschaft, in der die wirkliche Macht bei Konzernen und Finanzmarktakteuren liegt, Demokratie hingegen zur Show verkommt und mit kollektiver Selbstbestimmung immer weniger zu tun hat.

Profiteure der Umverteilung von unten nach oben behaupten gern, ungleiche Gesellschaften seien „dynamischer“, weil Konkurrenz und Angst vor dem Absturz die Kreativität und Leistungsbereitschaft der Menschen beflügeln würden. Wissenschaftlich belegt ist jedoch das Gegenteil: Ob es um Kriminalität, Gewalt, Drogenmissbrauch, um schlechte Gesundheit, den Bildungsstand oder die Lebenserwartung geht – überall zeigt sich, dass „ungleiche“ Staaten wesentlich schlechter dastehen als Länder mit relativ gleicher Ressourcenverteilung. In den gleicheren Gesellschaften gibt es bis zu sechsmal weniger Morde, sitzen bis zu zehnmal weniger Menschen im Gefängnis, ist die Zahl der psychischen Erkrankungen um zwei Drittel geringer, selbst die Kindersterblichkeit ist – quer durch alle sozialen Schichten – geringer als in Ländern mit großen sozialen Unterschieden.

Demokratie schützen, Armut bekämpfen, Lebensqualität sichern:

UmFAIRteilen

Konsequente Vermögensbesteuerung kann der gefährlichen Konzentration des Reichtums in den Händen einer kleinen Elite entgegenwirken – und Mittel bereitstellen für effektive Armutsbekämpfung und bessere öffentliche Leistungen für alle:

- ▶ für großzügigere Sozialleistungen, die auch im Fall von Erwerbslosigkeit, Krankheit und Alter tatsächlich eine menschenwürdige Existenz und gesellschaftliche Teilhabe garantieren,
- ▶ für Verbesserungen im öffentlichen Bildungswesen, im Gesundheitswesen, bei der Pflege und bei der Bereitstellung anderer öffentlicher Güter, auf die die Menschen angewiesen sind,
- ▶ für massive öffentliche Investitionen in öffentliche Infrastruktur, ökologischen Umbau und mehr Beschäftigung, die durch Stärkung der Binnennachfrage zu qualitativem Wachstum führen und die Finanzlage der Sozialversicherung stabilisieren.

Das ver.di-Konzept

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di schlägt eine Kombination aus einer einmaligen (befristeten) Abgabe auf große Vermögen und einer dauerhaften Vermögensteuer vor.

Die Abgabe soll auf private Nettovermögen (also nach Abzug von Schulden) von natürlichen Personen oberhalb eines Freibetrags von einer Million Euro je Erwachsenen (200.000 Euro je Kind) erhoben werden und insgesamt etwa 300 Milliarden Euro einbringen, die im Verlauf von zehn Jahren zu zahlen sind. Vermögen oberhalb des Freibetrags bis zur Höhe von 10 Millionen Euro sollen mit einer Abgabe von 1% jährlich belegt werden, Vermögen oberhalb 10 Millionen bis 100 Millionen Euro mit 2%,

und die Teile eines Vermögens, die 100 Millionen Euro übersteigen, mit 3% jährlich, jeweils 10 Jahre lang. Für Betriebsvermögen ist ein zusätzlicher Freibetrag von zwei Millionen Euro vorgesehen.

Der Vorschlag knüpft an die Idee des Lastenausgleichs an, wie er nach Gründung der Bundesrepublik durchgeführt wurde. Die Vermögensabgabe steht gemäß Artikel 106 (1) Grundgesetz dem Bund zu und soll Belastungen abbauen, die in Folge der Finanzkrise entstanden sind. Die Vermögenssteuer soll dauerhaft auf Nettovermögen oberhalb eines Freibetrags von einer Million Euro je Person mit einem Steuersatz von einem Prozent einsetzen und mit einem halben Steuersatz auch Unternehmen Kapitalgesellschaften als juristische Personen besteuern. Das jährliche Steueraufkommen beträgt etwa 20 Milliarden Euro und fließt nach Artikel 106 (2) Grundgesetz den Bundesländern zu.

Impressum

Redaktionsanschrift: „Die Querköpfe“, ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

V.i.S.d.P.: Andreas Köhn

Herausgeber: SeniorInnenvorstand im Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie im Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Redaktion: Annemarie Görne, Angelika Kurowski, Anna Schendel, Peter Asmussen (Layout und Produktion)

Manuskripte und Bilder an diequerkoepe@gmx.de

Hier können „Die Querköpfe“ heruntergeladen werden:
<http://senioren.berlin.verdi.de/-/k0h>

Die Querköpfe erscheinen vierteljährlich. Die nächste Ausgabe ist für den 15. Mai 2013 vorgesehen.

Maidemonstration und -kundgebung des DGB

Die SeniorInnen des ver.di-Fachbereichs 8 vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg kritisierten auf ihrer Mitgliederversammlung die Gestaltung der Berliner DGB-Maikundgebung. Die Veranstaltung sei nicht kämpferisch genug und gleiche eher einer großen Freizeitparty. Sie wünschten sich z.B. bissiges politisches Kabarett - im Anschluss an die offiziellen Ansprachen. Ingrid Kröning, die Vertreterin der SeniorInnen im Veranstaltungskomitee, bekam den Auftrag, für Veränderung zu werben. Unsere Kritik kam leider zu spät, der Programmablauf war längst organisiert. So wird also auch die diesjährige DGB-Maiveranstaltung nach - mit Verlaub - angestaubten Muster ablaufen. Aber unsere Kritik wurde freundlich zur Kenntnis genommen. Für Berliner Maikundgebung und -feier 2014 erwartet das Vorbereitungskomitee konkrete Vorschläge. Die ver.di-Jugend steht dem DGB-Maiprogramm ebenfalls kritisch gegenüber, „da wir dort kaum junge Menschen außerhalb unserer Organisation erreichen“, erklärt Torsten Schulz, der Jugendsekretär. Damit hätten wir mit unserem Anliegen Verbündete. Dieses Jahr jedenfalls bleibt es beim unverbindlichen Musikprogramm. max

09:00 Uhr	Treffen zu den Demos, Auftakt, Musik Hackescher Markt, Spandauer Straße
10:00 Uhr	Start der Demos Hackescher Markt Motorradkorso, Fahrradkorso, Skaterdemo Demonstrationszug zum Brandenburger Tor
11:30 Uhr	Maikundgebung Platz des 18. März Bühne vor dem Brandenburger Tor Lars Lindgren, Präsident Europa Transportarbeiterförderung
Anschließend	Maifest mit Infomarkt Straße des 17. Juni Livemusik, Hip-Hop, Dance, Talk, Bands . . . BIBA & die Butzemänner Die Party-Show-Band . . . Covermusik vom Feinsten sowie weitere Livemusik, Hip-Hop, Dance, Talk, Bands
Bis 19:00 Uhr	Kinder-, Jugend- und Familienfest

Termine

„Gewerkschaften am Scheideweg“

9. April 2013, 17 Uhr in der MedienGalerie, Dudenstraße 10

Begrüßung: Dr. Hartmut Simon, ver.di, Leiter des Archivs
Zum Thema spricht ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske. Autor
Gunter Lange liest aus der Biografie „Siegfried Aufhäuser
(1884-1996) – Ein Leben für die Angestelltenbewegung“.

Die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse

Bis 28. Juni 2013 in der MedienGalerie, Dudenstraße 10
Öffnungszeiten: Mo bis Fr 14-16, Di 17-19, Do 14-19 Uhr

Mit dieser Ausstellung erinnert ver.di an die gewaltsame Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933.

Mitgliederversammlungen - SeniorInnen FB 8

27. Mai, 26. August, 21. Oktober, 16. Dezember 2013

Raum 4.12, beim ver.di Landesbezirk, Köpenicker Straße 30,
10179 Berlin, immer 11:00 Uhr. Alle Mitgliederversammlungen
sind gewerkschaftsöffentlich.

Betriebsseniorengruppe Funkhaus Nalepastraße

12. Juni 2013, 14:00 Uhr, Johannisthaler Springborn-Club,
Springbornstraße 53: **Sommerfest**. Gäste sind willkommen.

UM fair TEILEN

Bundesweiter Aktionstag: 13. April

Reichtum besteuern
www.umfairteilen.de